

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Gisela Schröter, Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Grietje Bettin, Rita Grießhaber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/7178 –

#### **Reform der deutschen Filmförderung**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Neumann (Bremen), Dr. Norbert Lammert, Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/3375 –

#### **Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film**

##### **A. Problem**

Angesichts der schwierigen Lage des deutschen Films soll die Bundesregierung mit den Anträgen aufgefordert werden, Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film und zur Reform der deutschen Filmförderung vorzulegen.

##### **B. Lösung**

Annahme der in der Beschlussempfehlung aufgeführten Entschliebung und Erledigungserklärung der Anträge.

Durch die Vorlage eines filmpolitischen Konzepts der Bundesregierung von November 2001, das die Grundlage für die weitere Diskussion über den notwendigen Reformprozess im Filmbereich bildet, ist die Zielsetzung der Anträge erreicht worden.

**Einstimmigkeit im Ausschuss bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

##### **C. Alternativen**

Keine

##### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

a) die nachfolgende Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Zielsetzung der Anträge auf Drucksachen 14/7178 und 14/3375, in denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, einen Bericht zur Lage des deutschen Films mit Verbesserungsvorschlägen vorzulegen, durch die Vorlage eines filmpolitischen Konzepts der Bundesregierung von November 2001 erreicht worden ist.

Der Deutsche Bundestag betrachtet die Vorlage eines Konzepts mit Vorschlägen zur Reform der Filmförderung und zur Aufwertung des deutschen Films als Kulturgut als Grundlage für die weitere Diskussion über den notwendigen Reformprozess im Filmbereich.

b) die Anträge auf Drucksachen 14/7178 und 14/3375 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 29. November 2001

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Monika Griefahn**  
Vorsitzende

**Gisela Schröter**  
Berichterstatte<sup>rin</sup>

**Bernd Neumann (Bremen)**  
Berichterstatte<sup>r</sup>

**Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstatte<sup>rin</sup>

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Berichterstatte<sup>r</sup>

**Dr. Heinrich Fink**  
Berichterstatte<sup>r</sup>

## Bericht der Abgeordneten Gisela Schröter, Bernd Neumann (Bremen), Dr. Antje Vollmer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Heinrich Fink

### I. Beratungsverlauf

#### 1. Überweisungen

Der **Antrag auf Drucksache 14/3375** ist in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 2000 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen worden.

Der **Antrag auf Drucksache 14/7178** ist in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 2001 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

#### 2. Voten mitberatender Ausschüsse

Antrag auf Drucksache 14/3375

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 14. November 2001 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 8. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 8. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 9. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Antrag auf Drucksache 14/7178

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 14. November 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags empfohlen.

#### 3. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 14/3375 erstmalig in seiner 47. Sitzung am 24. Januar 2001 beraten. In seiner 64. Sitzung am 14. November 2001 hat er diesen Antrag zusammen mit dem Antrag auf Drucksache 14/7178 beraten. In dieser Sitzung legte der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien sein filmpolitisches Konzept mit Vorschlägen zur Reform der Filmförderung und zur Aufwertung des deutschen Films als Kulturgut vor. Da die Zielsetzung der Anträge auf Drucksachen 14/7178 und 14/3375 mit der Vorlage dieses Filmkonzepts der Bundesregierung erreicht worden ist, nahm der Ausschuss einstimmig bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die in der Beschlussempfehlung aufgeführte Entschliebung an und erklärte die Anträge auf Drucksachen 14/7178 und 14/3375 damit für erledigt.

### II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Antrag auf Drucksache 14/7178

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/7178 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis zum Ende des Jahres zur Lage des deutschen Films zu berichten und Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Die Reformvorschläge sollten u. a. darauf gerichtet sein, die Stellung der unabhängigen Filmproduzenten zu stärken, den deutschen Film primär als Kulturgut zu fördern, die Effektivität der Filmförderung zu erhöhen und die Rahmenbedingungen für die künstlerische Kreativität im Filmbereich sowie das Marketing des deutschen Films im In- und Ausland zu verbessern.

Antrag auf Drucksache 14/3375

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/3375 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Bericht über die Lage des deutschen Films sowie die mögliche Verbesserung seiner Rahmenbedingungen vorzulegen. Zu den entsprechenden Maßnahmen sollten u. a. die Stärkung der Rechte von unabhängigen Film- und Fernsehproduzenten und die verstärkte Beteiligung privaten Kapitals an Film- und Fernsehproduktionen in Deutschland zählen. Außerdem sollten Vorschläge zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes und zur strukturellen Verbesserung der Außenvertretung des deutschen Films enthalten sein.

### III. Ausschussberatungen

Der **Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien** stellte den Ausschussmitgliedern die Schwerpunkte seines filmpolitischen Konzepts mit Vorschlägen zur Reform der Filmförderung und zur Aufwertung des deutschen Films als Kulturgut vor. Angesichts des Reformbedarfs im Bereich der Filmförderung sei die wesentliche Zielsetzung, den deutschen Film auf natio-

naler, europäischer und internationaler Ebene durchsetzungsfähiger zu machen. Zu den zentralen Vorschlägen seines Filmkonzepts zählten der Ausbau einer kriterienbasierten Referenzfilmförderung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen künstlerischer Kreativität durch die Erweiterung der Drehbuchförderung, die Stärkung der Rolle der unabhängigen Filmproduzenten, die Umwandlung der Produktionsförderung von einer Darlehens- zu einer Zuschussförderung, die Einführung eines Investitionsbeitrages mit dem Ziel der Erhöhung der Filmbudgets sowie die Verbesserung der Außenrepräsentanz des deutschen Films.

Die **Fraktion der SPD** stellte mit Blick auf das vorliegende Konzept fest, dass hier gemeinsam eine gute Arbeit geleistet worden sei. Es sei notwendig, sich auch auf diesem Gebiet auf einen gemeinsamen Ansatz zu verständigen. Das vorgelegte Filmkonzept werde wesentlich zur weiteren Debatte, nicht zuletzt im Bündnis für den Film, beitragen. Da es äußerst schwierig sei, die unterschiedlichen Vorschläge und Interessen zu verknüpfen, müsse von Seiten der Politik versucht werden, so weit wie möglich gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Es gebe aber noch zahlreiche Probleme wie den Medienerlass oder das Urhebervertragsgesetz. Hier müsse eine gute Lösung im Interesse der deutschen Filmwirtschaft gefunden werden. Die zwischenzeitlich erfolgte Aufhebung der Fernsehmittelbindung werde begrüßt. Die Reduzierung der Rechterückfallfrist sei weiterhin ein wichtiges Anliegen. Die im Konzept vorgesehene Einführung des Investitionsbudgets sei ein interessanter Punkt. Wichtig sei auch die Frage, wie die Vermarktung deutscher Filme verbessert werden könnte. Im Interesse des Kulturgutes Film sei auf einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Diskussionen zur Filmförderung zu hoffen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte eingangs fest, dass das vorliegende Filmkonzept eine Grundlage sei, auf der weiter diskutiert werden könne. Auch die Art und Weise des Vorgehens zur Erarbeitung des Konzepts, nämlich der Berücksichtigung des Sachverstands aus der betroffenen Branche, sei richtig. Positiv sei auch, dass dieses Konzept ausdrücklich als Diskussionsvorschlag bezeichnet werde, der nochmals mit den Betroffenen erörtert werden solle. Kritisch anzumerken sei, dass die Vorlage des Filmkonzepts lange auf sich habe warten lassen. Für ihre Fraktion sei es

ganz entscheidend, beim Film nicht nur vom Kulturgut, sondern vom Kultur- und Wirtschaftsgut zu sprechen, da der Film auch eine ganze Filmindustrie mit Arbeitsplätzen für Künstler und Filmschaffende umfasse. Von ihrer Seite gebe es ein klares Ja zur Notwendigkeit der Filmförderung. Bei der Nachwuchsförderung sei die Projektentwicklungsförderung von großer Bedeutung. Die Referenzfilmförderung dürfe nicht gegen die Projektfilmförderung ausgespielt werden. Mit der Referenzfilmförderung bevorzuge man diejenigen, die bereits erfolgreich seien. Wenn man mehr für die Referenzfilmförderung tun wolle, so müsse das mit zusätzlichen Mitteln und nicht zu Lasten der Projektfilmförderung geschehen. Der Vorschlag einer kriterienbasierten Referenzfilmförderung im Filmkonzept sei insoweit zu begrüßen. Insgesamt sei die Stärkung der unabhängigen Produzenten ein wichtiges Anliegen. Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film trage die Politik eine besondere Verantwortung. Das Urheberrecht und die dazu geplanten Änderungen seien die Nagelprobe dafür, wie mit dem deutschen Film und seiner Wettbewerbsfähigkeit umgegangen werde. Über die Frage der Finanzierung der Filmförderung müsse noch einmal diskutiert werden. Eine Erhöhung der Abgaben bei Kino- und Videothekenbesitzern sei insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Fernsehveranstalter als Nutznießer des deutschen Films einen vergleichsweise niedrigen Beitrag leisteten, der falsche Weg. Anstatt eine Investitionsabgabe bzw. Investitionsquote einzuführen, sollte von den Fernsehveranstaltern eine wesentliche Erhöhung der Abgabe an die FFA verlangt werden.

Die **Fraktion der PDS** begrüßte das Filmkonzept und betonte, dass es ein Stück Kulturperspektive bedeute, wenn der Film primär als Kulturgut gesehen werde. Dass bei der Förderung in erster Linie kulturelle Maßstäbe angelegt werden sollten, sei ein Schritt nach vorn. Aus ihrer Sicht müsse der Dokumentarfilm wegen seiner kulturhistorischen Bedeutung im Rahmen der Filmförderung stärker hervorgehoben werden. Bei der Nachwuchsförderung müssten die Filmhochschulen noch stärker in den Blickpunkt kommen, wenn es auch in Zukunft die Interdependenz von Kultur und Wissenschaft geben solle.

Die **Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **FDP** waren nicht anwesend.

Berlin, den 29. November 2001

**Gisela Schröter**  
Berichterstatlerin

**Bernd Neumann (Bremen)** **Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstatler Berichterstatlerin

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** **Dr. Heinrich Fink**  
Berichterstatler Berichterstatler